

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/11

Bonn, den 16. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Ein neuer Start ist notwendig ----- Einblicke von der 20. "Table Ronde" in Chicago Von Dr. Hans Apel, MdB	47
2	Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (II) ----- Eine überfällige Reform Von Irene Maier	50
3 - 4	Prag soll Schaufenster werden ----- Verkehr und Wohnungsbau immer vorranglicher Von Igor Valentin, Prag	87

SELBSTBESTIMMUNG UND ENTGLIEDERUNG bringt heute:

Erhaltung des Friedens oberstes Gesetz
Herbert Wehner: "Die Bundesrepublik ist kein Selbstzweck"
Willy Brandt: "Wir müssen unerfüllbare Forderungen ablehnen"
Sachliche Berührungspunkte mit Rapacki
Selbstbestimmungsrecht aller Völker gewährleisten
Die Bevölkerung ganzer Ortschaften zur Aussiedlung entschlossen
Wandel beim Koalitionspartner
Soziale Sicherheit aller Staatsbürger
Glückwunsch für Professor Wilhelm Menzel

Ein neuer Start ist notwendig

Eindrücke von der 20. "Table Ronde" in Chicago

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die USA beginnen an der fortschreitenden Einigung Westeuropas zu zweifeln. Damit verflüchtet sich aber auch die von Präsident Kennedy vor 5 1/2 Jahren entwickelte Vision der atlantischen Partnerschaft zwischen Gleichen. Das wurde vor allem in den Reaktionen der US-Experten auf die aktuellen Querelen um den britischen Beitritt zur EWG deutlich, der im Mittelpunkt der Gespräche der 20. "Table Ronde" über europäische Fragen in Chicago stand. Englands Begehren ist in den Augen der Amerikaner ein Testfall dafür, wie ernst es Europa mit seinem fortschreitenden Zusammenschluß ist und ob es noch eine Chance gibt, daß Europa mit den USA politisch, technologisch und ökonomisch Schritt halten kann.

Viel wird dabei von manchen US-Politikern augenscheinlich nicht mehr erwartet. George Ball machte das mit dem Wortspiel deutlich, wenn er fragte:

"Wird nicht aus den Vereinigten Staaten vor Europa schließlich doch das Europa der Vereinigten Staaten?"

Andero, so Professor Brzezinski, meinen, die USA hätten bereits einen so großen Vorsprung, daß Europa keine echte Chance mehr habe, gleichzuziehen. Das sei nicht nur die Konsequenz der verzögerten Integration. Die wirtschaftlichen Reserven Amerikas, die größere Mobilität ihrer Gesellschaft wie die Dynamik und die Größe der US-Unternehmen lasse den Abstand zu Westeuropa weiter wachsen.

Amerikas Interesse an Westeuropa geht zurück. Asian wie die vielfältigen innenpolitischen Schwierigkeiten bestimmen das politische Denken des Landes. In Europa ist es entlang der Demarkationslinie zwischen Ost und West seit Jahren recht ruhig geworden. Westeuropa zieht sich schrittweise aus seinen außereuropäischen Engagements zurück und kommt mit der Entwicklung seiner innereuropäischen Integration nicht weiter. So ist Westeuropa für die US-Bürger eine angenehme Region für die Ferienseit und zum Investieren, nicht aber Zentrum politischen Interesses.

Insofern hat die gaullistische Politik bereits Früchte getragen. Das ungeduldige Amerika lockert sich aus seinen Bindungen zu Westeuropa. Der Harvard Professor Stanley Hoffmann entwickelte in Chicago bereits eine Spielart gaullistischer Europapolitik aus US-Sicht, die dafür kennzeichnend ist. Der Gaullismus scheint eine Art von Ansteckungsgefahr zu haben, die nicht nur durch direkte Berührung, sondern auch über größere Entfernungen wirkt.

Manche US-Politiker scheinen andererseits zu glauben, in einer Nach-Gaulle-Ära sei zu einer dynamischen Europapolitik ohne weiteres zurückzukehren. Sie überschauen dabei, daß wir es nicht allein mit einer Person, sondern mit dem Phänomen wachsender Nationalismen zu tun haben, das bleibende Wirkungen auslösen kann und zu dessen Entwicklung auch die US-Politik vergangener Jahre mit beigetragen hat.

Doch Lamentieren hilft nicht weiter. Ein neuer Ansatz für ein wirtschaftlich und politisch geeinigtes Westeuropa ist notwendig. Daß sich dabei die Augen unserer politischen Freunde stärker nach Bonn wenden, ist aus der Natur der Sache und der besonderen deutschen Interessenlage verständlich. Wir werden dieser "Herausforderung" gerecht werden müssen.

Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder (II)

Eine überfällige Reform

Von Irene Maier

Der von Bundesjustizminister Dr. Dr. Gustav Heinemann vorgelegte Reformentwurf ist der vorläufige Abschluß langer und vielfältiger Reformbemühungen und gleichzeitig die modernste der bisher diskutierten Lösungsvorschläge.

Nach dem geltenden Recht kann der wirkliche oder mutmaßliche Vater lediglich auf Zahlung des Unterhalts an das Kind belangt werden. Andere Beziehungen bestehen zwischen Vater und unehelichem Kind nicht. Im Gegensatz zum ehelichen ist das uneheliche Kind rechtlich nur mit seiner Mutter und deren Verwandten verwandt, nicht aber mit seinem Vater und dessen Verwandten. Deshalb müssen seine Großeltern väterlicherseits z. B. nicht wie Großeltern mütterlicherseits notfalls für den Unterhalt aufkommen. Das soll nun geändert werden. - Künftig muß zunächst, falls die Vaterschaft nicht freiwillig anerkannt wird, die Abstammung festgestellt werden, weil sie nun auch die Verwandtschaft mit den Folgen der gegenseitigen Unterhaltspflicht und des Erbrechts begründet.

Die Höhe des Unterhalts richtete sich bisher nur nach der Lebensstellung der Mutter. Nun soll die Lebensstellung und die Leistungsfähigkeit beider Elternteile dabei berücksichtigt werden, allerdings haftet der uneheliche Vater ähnlich wie bisher für den Regelbedarf; hierbei ist ein durch Verordnung festgelegter Mindestsatz vorrangig. Die Unterhaltspflicht des Vaters endet auch nicht mehr mit dem 18. Lebensjahr des unehelichen Kindes, sondern wie bei ehelichen Kindern, wenn es wirtschaftlich auf eigenen Beinen steht. Das uneheliche Kind kann also jetzt, wenn es der Lebensstellung und Leistungsfähigkeit der Eltern entspricht, auch eine Berufsausbildung wählen, die erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres beendet ist.

Neben der vollen rechtlichen Anerkennung der Verwandtschaft des Kindes mit seinem Vater und dessen Verwandten aufgrund natürlicher Abstammung und der Verbesserung des Unterhalts und Erbrechts enthält der Reformentwurf als dritten Schwerpunkt die Beseitigung der Amtsvormundschaft über das Kind, die eine Diskriminierung von Mutter und Kind darstellt. Nach geltendem Recht steht der unehelichen Mutter nur die Personensorge über das Kind, nicht aber dessen gesetzliche Vertretung und die Vermögenssorge zu. Künftig soll sie, wie die eheliche Mutter, auch die volle elterliche Gewalt über das Kind haben. Lediglich für Vaterschaftsfeststellung und Unterhaltsklage, wo eine Kollision ihrer Interessen mit denen des Kindes möglich ist, soll ihr ein Beistand bestellt werden. Nach einem Vorschlag des Bundesrates soll für diese Fragen, um eine Diskriminierung zu vermeiden, dieser nicht der Mutter, sondern als Träger dem Kind zugeordnet werden. Nachdem die rechtliche Gleichberechtigung der Frau anerkannt und sie in das Erwerbsleben eingegliedert ist, hat kein Raum mehr für eine aus früheren Jahrhunderten überkommene Beseitigung auch der unehelichen Mutter. - Die Reform des Unehelichenrechts kann keine schematische Gleichstellung mit den ehelichen Kindern in allen Punkten bringen. In einer Reihe von Fragen muß sogar eine Besserstellung gegenüber den ehelichen erreicht werden, um damit die aufgrund ihrer andersartigen Lage bedingten Umstände auszugleichen und wirkliche gleiche Bedingungen für ihre Entwicklung zu schaffen. Die Reform des Unehelichenrechts ist ein vernachlässigtes, aber unaufschiebbares Stück Gesellschaftspolitik, der sich der Bundestag nicht mehr entziehen kann.

Prag soll Schaufenster werden

Verkehr und Wohnungsbau immer vordringlicher

Von Igor Valentin, Prag

Prag, das durch die Verschiebung an den Schalthebeln der Macht in der Tschechoslowakei in diesen Tagen in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt ist, wurde zur gleichen Zeit durch das Inkrafttreten eines eigenen "Prag-Gesetzes" in die Lage versetzt, seiner Aufgabe in der nächsten Zukunft gerecht zu werden - sich zum "Schaufenster der Tschechoslowakei" zu entwickeln. Das Prag-Gesetz führte zur Eingemeindung von 24 Vorortgemeinden mit 67.000 Bewohnern, wodurch sich die Zahl der Einwohner Prags von 1.034.000 auf 1,1 Millionen erhöhte und die langjährige Parole "Nicht mehr als eine Million Einwohner" endgültig ad acta gelegt wurde. Wichtiger für Prag ist jedoch die Erweiterung des Stadtgebietes um 104 Quadratkilometer von bisher 185 auf rund 290. Damit sind für Prag die Voraussetzungen geschaffen worden, die geplanten Groß-Siedlungen im Norden und Osten der Stadt endlich verwirklichen zu können. Die Bevölkerungsdichte des Stadtgebietes konnte von 5567 auf rund 3000 pro Quadratkilometer herabgesetzt und damit der Bevölkerungsdichte anderer entwicklungsfähiger Millionenstädte der Welt in etwa angeglichen werden.

117.400 neue Wohnungen bis 1975

Für seine jetzt 1,1 Millionen Einwohner braucht Prag Zehntausende neuer Wohnungen, zumal wenn es ein "Schaufenster" werden soll. Bis einschließlich 1970 ist fürs erste der Bau von 37.400 neuen Wohnungen bereits fest eingeplant, womit rund 12.470 Wohnungen jährlich. Ob man es aber schaffen kann, ist heute noch völlig ungewiss, weil die Prager Wohnungsbauer bisher niemals in der Lage waren, die Jahrespläne zu erfüllen. 1966 schafften sie nur 8300 neue Wohnungen, vom Vorjahr wird behauptet, daß 120 Millionen Kronen "nicht verbaut" wurden. Dabei war Böhmisches-Ostrau wohl in der Lage, 1967 rund 12.000 neue Wohnungen zu bauen - die Prager Bauunternehmungen haben eben "versagt". Ganz offensichtlich auch beim "komplexen Aufbau" neuer Siedlungen, denen oft monatelang die notwendigen Anschlüsse - Verkehrswege, Telefonleitungen und Fernheizung - fehlen. Das hat jetzt sogar dazu geführt, daß man neue Siedlungen nicht nur von slowakischen Architekten entwerfen, sondern auch von slowakischen Bauunternehmungen errichten lassen will - auch da ist dennach die Slowakei auf dem Vormarsch. Weil in der Slowakei das klappt, was in Prag und Böhmen nicht klappen will - ein solider Wohnungsbau. Die Wohnungskrise könnte in Prag bis zum Jahre 1975 beseitigt werden, wenn es gelingt, von 1970 bis 1975 weitere 50.000 neue Wohnungen zu bauen. Vielleicht gelingt es tatsächlich - mit slowakischer Hilfe.

Wo aber Autogaragen hernehmen?

Das Prager Bauprogramm umfaßt neben dem Wohnungsbau noch ein Vorhaben, das zwar erst in den beiden letzten Jahren aktuell wurde, dessen Aktualität aber in erschreckendem Maße zunimmt: es handelt sich um den Bau von Garagen. "Ein häufiger Ruf - ein Königreich für eine Garage!" stellte die "Lidova Demokracie" erst kürzlich fest, als sie berichtete, daß das Garagenproblem in allen Großstädten der Welt eine Rolle spiele. Es werde auf Prag in dem Augenblick zukommen, in dem das Auto

in der Tschechoslowakei ein Verkehrsmittel und nicht mehr der "Sinn des Lebens" sein werde. Immerhin gelte es jetzt schon, das Problem zu lösen, wie man in der Nähe der Wohnhäuser genügend Raum für Garagen aufstreifen könnte. Die Fachleute seien für Hochgaragen... Fast wäre man versucht, Prag noch wegen derartiger akademischer Überlegungen glücklich zu schätzen, wenn der sprunghaft steigende Verkehr in der Stadt derartige Erwägungen nicht Lügen strafte: tatsächlich läßt dieser Verkehr nicht mehr mit sich spaßen und auch in den Zeitungsredaktionen weiß man, daß man ihm nicht mehr mit der Gelassenheit eines Schvejke beibringen kann.

Berufsverkehr kaum noch zu bewältigen

Öffentliche Verkehrsmittel und Motorisierung waren von diesem Geschehen so lange betroffen worden, bis der immer vehementer einsetzende Verkehr wegen seiner Devisenträchtigkeit so begrüßte Autozustrom aus dem Ausland wiederholt, vorerst ein Verkehrsgedränge in den Prager Straßen schaufelte. Da zeigte es sich plötzlich, daß man die Straßenbahnlinien im Stadtzentrum nicht ständig vermehren durfte, sondern ihre Zahl schleunigst zu reduzieren hatte, daß eine zu rasche Wagenfolge die Straßen rettungslos verstopfen mußte und die Stromzufuhr in Gefahr brachte, daß viel mehr Busse notwendig wären und daß letzten Endes der Berufsverkehr doch von der Straße zu verschwinden habe. Nun: man hat im Vorjahr den Bau einer U-Bahn beschlossen, aber es wird Jahre dauern, bis es eine fühlbare Verkehrsentlastung gibt. Inzwischen will man - bis 1970 - den Wagenpark der Straßenbahn ganz erneuern, Geleise verlegen und die Stromzufuhr modernisieren, um so Prags wichtigstes Verkehrsmittel zu beschleunigen.

Es fehlt aber noch vieles...

Zu diesen elementaren Problemen für die weitere Entwicklung von Prag beziehen sich weitere, nicht minder wichtige auf die Schaufenster-Aufgabe. Immer noch fehlen große, repräsentative Hotels (mit dem Bau des Marmar-Hotels am Moldauufer der Altstadt will man noch in diesem Jahr beginnen). Es fehlen Geschäfte; durch eine radikale Mieterhöhung für ihren Zweck entfremdete Geschäfte hofft man, diese "Lagerhäuser" und "Werkstätten" im Stadtzentrum und an den Hauptstraßen wieder frei zu bekommen. Die erste Fußgänger-Geschäftsstraße "Am Múkl" ist bereits im Werden. Neue Gaststätten entstehen und werden schleunigst geplant. Die Fußgänger-Unterführung in der Mitte des Marktplatzes wird noch in diesem Jahr fertig. Das Vorhaben, in der Altstadt das alte "Ungelt" (den Warenstapelplatz des Mittelalters) zu einem neuen Geschäftszentrum im historischen Rahmen auszubauen, ist brennend aktuell geworden. Selbst der ausgetriebene Teil des Altstädter Rathauses soll nicht mehr "an den letzten Krieg" erinnern. Der freie Platz wird einen Neubau erhalten. Prag will - nach München - die nächste Stadt der Olympischen Spiele werden. Bis dahin will man die Stadt auch zum "Schaufenster der Tschechoslowakei" gemacht haben.